

DIE POLIZEIZULAGE MUSS WIEDER RUHEGEHALTFÄHIG WERDEN

# Selbst der Bundeskanzler ist dafür

„Die Arbeit der Polizei ist keine Arbeit wie jede andere. Sie ist nervenaufreibend, oft – das dürfen wir nie vergessen – auch mit persönlichen Risiken verbunden. Das muss daher auch mit einer anständigen Entlohnung verbunden sein“, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz am 14. September 2022 auf dem Bundeskongress der GdP und nannte die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage einen Baustein für attraktive Rahmenbedingungen.

**Heinfried  
Keithahn**

Foto: GdP Bremen

Auch Bündnis 90/Die Grünen stehen diesem Ansinnen positiv gegenüber. Anna-Lena Baerbock und Robert Habeck als damalige Bundesvorsitzende sowie Irene Mihalic teilten am 22. Februar 2021 der GdP per Mail mit: „... Allerdings gibt es überall unterschiedliche Konstellationen und nirgendwo gibt es bisher eine grüne Innenministerin oder einen grünen Innenminister. Jedoch können wir sicher sagen, dass die Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage in den Ländern nicht an den Grünen scheitern wird ...“

Nun ja, in Bremen ist für das Besoldungsrecht der Senator für Finanzen zuständig und Dietmar Strehl ist eben Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen. Was also hindert den Senat noch daran, die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage in Bremen wiederherzustellen?

Der Bund und andere Länder sind hier weiter. Die Bundesregierung hat für ihren Bereich am 25. April 2022 den Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der Ruhegehaltfähigkeit der Zulage für Beamte:innen sowie Soldat:innen mit vollzugspolizeilichen Aufgaben vorgelegt und in Schleswig-Holstein hat Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack in Absprache mit Ministerpräsident Daniel Günther am 27. Oktober dem Landesbezirk Schleswig-Holstein der GdP die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage zugesichert.

In Bayern, Nordrhein-Westfalen und Sachsen ist die Polizeizulage ohnehin schon heute ruhegehaltfähig. In Bayern ist sie sogar dynamisiert, nimmt also an den prozentualen Besoldungsanpassungen teil.

Warum uns die Polizeizulage und deren Ruhegehaltfähigkeit so wichtig ist, hat schon der Bundestag 1990 in der Begründung eines Besoldungsgesetzes kurz und bündig festgehalten: „Die Polizeizulage bezieht sich auf einen Bereich besonders erhöhter Anforderungen und Belastungen und wird meist über lange Zeiten des Berufslebens hin bezogen. Sie sind damit ein Bestandteil der Bezüge, der den Lebenszuschnitt des Beamten und seiner Familie mitprägt. Es wäre eine unbillige Härte, wenn dieser Gehaltsbestandteil bei der Berechnung des Ruhegehalts unberücksichtigt bliebe. Durch Änderung der genannten Vorschriften wird daher bestimmt, dass die Stellenzulagen unter den angegebenen zeitlichen Voraussetzungen ruhegehaltfähig sind. Damit wird zugleich der Bedeutung der Aufgabenbereiche, für die diese Stellenzulagen ausgebracht sind, Rechnung getragen.“

Und damit war die Polizeizulage ruhegehaltfähig und blieb es bis Ende 2017 für Beamte:innen der Besoldungsgruppen A 10 und höher bzw. bis Ende 2010 für Beamte:innen der Besoldungsgruppen bis einschließlich A 9.

So ganz freiwillig war die Gesetzesänderung 1990 jedoch nicht, denn das Bundesverwaltungsgericht hatte mit Urteilen von 1981 und 1985 festgestellt, dass die normale Besoldung die besonderen Anforderungen der mit vollzugspolizeilichen Aufgaben betrauten Polizeibeamte:innen nicht ausreichend berücksichtigt. Zu den besonderen Anforderungen gehört es beispielsweise, in schwierigen Situationen unter hoher physischer und psychischer Belastung als Einzelner schnell eigenverantwortliche, möglicherweise einschneidende Entscheidungen bis hin zum Einsatz der Schusswaffe zu treffen und die Bereitschaft, im Dienst Le-

ben und Gesundheit einzusetzen. Diese besonderen Anforderungen führen zu besonderen Belastungen für Polizeibeamte:innen, die auch auf den Ruhestand noch Auswirkungen haben.

Weil diese besonderen Anforderungen unabhängig von Laufbahn, Statusamt und Funktion alle Polizeibeamte:innen dauerhaft belasten, wird die Polizeizulage vom Beamtenverhältnis auf Widerruf bis zum Ruhestand gezahlt. Und weil die Polizeizulage das ganze Berufsleben lang gezahlt wird, ist sie natürlich auch Teil des Lebensinkommens und muss daher auch ruhegehaltfähig sein.

Die Rechtsprechung aus den 80er-Jahren ist übrigens nicht veraltet. Das Bundesverwaltungsgericht hat 2009 und 2011 erneut festgestellt, dass die besonderen Anforderungen des Polizeidienstes nicht durch das amtsgemäße Grundgehalt abgegolten sind. Andere Beamte:innen in der Besoldungsordnung A müssen sich den dauerhaften besonderen Anforderungen an Polizeibeamte:innen trotz gleichem Grundgehalt regelmäßig nicht aussetzen, weder unmittelbaren Zwang anwenden noch unterliegen sie dem „Aufopferungsanspruch“ wie die Polizei- und Zollbeamte:innen.

Also: Was hindert den Senat an der Umsetzung unserer Forderung? Die großen Regierungsparteien auf Bundesebene sind dafür, der Bund und einige Länder machen es vor und das Bundesverwaltungsgericht sieht sogar einen rechtlichen Anspruch.

Wir haben diese Forderung bereits mehrfach Vertretern der Bürgerschaft, des Senats, ja selbst dem Bürgermeister vorgetragen. Jetzt erwarten wir noch vor der Bürgerschaftswahl eine Gesetzesvorlage zur Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage in Bremen im kommenden Jahr. ■



V. l.: Nils Winter,  
Dr. Andreas Hellberg,  
Dr. Oguzhan Yazici

Die aufmerksamen  
Zuhörer



## Podiumsdiskussion mit der CDU Bremen

Am 5. Oktober 2022 fand im Bremer Presseclub eine Podiumsdiskussion auf Einladung der CDU Bremen-Stadt statt. Geladene Gäste waren unser Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, Nils Winter, und der Vorsitzende des Bremischen Richterbundes, Dr. Andreas Hellberg.

### Nils Winter

Moderator war Herr Dr. Oguzhan Yazici, MdBB und stellvertretender Vorsitzender der CDU Bremen-Stadt, der die Veranstaltung wie folgt zusammenfasste:

„Egal, welches Thema ich angesprochen habe – die Situation im Hauptbahnhof oder am Bahnhofplatz, die Straßenkriminalität im Innenstadtbereich, die Clankriminalität, die über 15.000 unerledigten Akten bei der Kriminalpolizei oder die über 3.000 unerledigten Akten bei der Kriminaltechnik, die Situation der Strafjustiz am Landgericht – meine Gäste haben nahezu wortwörtlich dasselbe gesagt: Wir gehen seit Jahren auf dem Zahnfleisch, es gibt keine Spielräume mehr. Wir brauchen mehr Personal und eine bessere sachliche Ausstattung. An dieser Stelle möchte ich mich noch mal ganz

herzlich bedanken bei Herrn Nils Winter, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Bremen, und Herrn Dr. Andreas Hellberg, Vorsitzender des Bremischen Richterbundes, für das kurzweilige und sehr aufschlussreiche Gespräch auf dem Podium. Vielen Dank auch an das sehr interessierte Publikum, das im Anschluss viele gute Fragen gestellt hat. Das Thema treibt die Menschen um.“

Es waren sich alle einig, dass die Polizei mit der deutlich zu dünnen Personaldecke derzeit am Limit ist. In der Justiz sieht dies ähnlich aus. Nur erhöhte Einstellungszahlen, deutliche Verbesserungen in der Attraktivität des Berufs und in der sachlichen Ausstattung/Digitalisierung können diesem Problem gerecht werden.

Im Anschluss an die Podiumsdiskussion fand eine offene Diskussionsrunde statt, in der unter anderem Jan de Vries, Vorsitzender der JUNGEN GRUPPE (GdP) Bremen,

noch einmal explizit auf die Missstände im Bereich der Nachwuchsgewinnung hinwies.

„Die Justiz und die Polizei sind Garant für den Rechtsstaat. Der Rechtsstaat garantiert Rechtssicherheit, schützt die Freiheit der Bürger:innen und die Kolleg:innen wollen Gerechtigkeit erreichen. Dafür haben sie ihren Eid auf das Grundgesetz und die Landesverfassung geleistet. Um den Rechtsstaat nicht zu gefährden, benötigt es aber eine personell gut ausgestattete Justiz und Polizei. In den letzten 20 Jahren war und ist immer noch die personelle Situation bei den Polizeien in Bremen und Bremerhaven prekär. Der Staat trägt dafür die Verantwortung. Die Kolleg:innen geben alles, aber so eine belastende Situation darf sich nicht wiederholen, um den Rechtsstaat nicht zu gefährden. Die hohen Einstellungszahlen der letzten Jahre sind der richtige Weg, der weiter nachhaltig verfolgt werden muss“, so Nils Winter, GdP-Landesvorsitzender. ■

## Der K-L hat fertig!

### Lutz Jurkschat

Am 31. Dezember 2022 ist es so weit, Jürgen „Jogi“ Osmers hat sein Pensionsalter erreicht. Der Leiter der Kriminalpolizei/Landeskriminalamt geht nach 43 Dienstjahren nach Hause. In Zukunft wird seine Nachfolgerin Petra van Anken zusammen mit Tim Gelineck die Geschicke der Kriminalpolizei leiten.

In seiner langjährigen Dienstzeit hat Jürgen Osmers verschiedenste Positionen durchlaufen, herausragend hervorzuheben sind aber sicherlich die Leitung der K 4, der K 6 Staatsschutz, letztendlich aber die Position des stellvertretenden Leiters und anschließend des Leiters der Kriminalpolizei/Landeskriminalamt Bremen.

In seiner letzten Position konnte er seine ruhige besonnene Art nutzen, um Entscheidungen, auch wenn es sich nicht um die angenehmsten handelte, an die Mitarbeiter:innen zu bringen.

Die Herausforderungen an die Kriminalpolizei/LKA sind in den letzten Jahren immer fordernder geworden, Überstunden im Zusammenhang mit diversen Ermittlungsgruppen, BAOen, aber auch das Alltagsgeschäft oder das sog. „Grundrauschen“ sind in den letzten Jahren stetig gestiegen.

Seit 1987 ist Jogi Mitglied der Gewerkschaft der Polizei, sicherlich eine gute Wahl, denn bis heute ist Jogi Gewerkschafter mit



Lutz Jurkschat und Jürgen Osmers

Leib und Seele, den die Fachgruppe der Kriminalpolizei immer gern im Seminar begrüßt hat. Dort, wo auch mal „aus dem Nähkästchen“ geplaudert wurde und so die Seminarernehmer:innen als Multiplikatoren die Ziele der Leitung der Kriminalpolizei in die Referate mitgenommen haben.

Bleibt noch zu sagen, dass wir als GdP, dir, lieber Jogi, alles Gute, Glück und Gesundheit für die Zeit nach der Polizei wünschen. ■



V. l.: Julia Wenneborg, Oliver Thies, Janina Warfelmann, Lutz Jurkschat, Kim Kunze und Claas Geesmann

Foto: GdP Bremen



## Wir gratulieren zum Abschluss an der DHPol

Anfang Oktober begrüßte die GdP Bremen drei Absolvent:innen des Masterstudienganges Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement des Jahrganges 2020 der DHPol in Hiltrup, unsere Kolleg:innen Janina Warfelmann, Julia Wenneborg und Claas Geesmann.

### Kim Kunze

Bei der offenen und lockeren Gesprächsrunde berichteten sie von ihren Erlebnissen während des Masterstudiums und den besonderen Umständen in Bezug auf die Coronapandemie.

Nach den fast ausschließlich positiven Rückmeldungen der drei wurde jedoch ein kleiner Kritikpunkt herausgestellt.

Die hD-Anwärter:innen vermissten in Teilen die persönliche Betreuung und das Anschlusshalten der Bremer Polizei zu ihren Nachwuchsführungskräften.

Zukünftig soll hier jedoch Abhilfe geschaffen werden, denn die Polizei Bremen

plant, eine Betreuungsperson aus den Reihen des höheren Dienstes für die kommenden Masterstudienjahrgänge einzusetzen.

Im nächsten Jahr wird übrigens erstmalig das Bundesland Bremen Ausrichter des Studienganges im Nordverbund sein.

Aktuell werden Janina, Julia und Claas zunächst als Polizeiführer:innen in der Leitstelle eingesetzt, doch spannende Folgeverwendungen wurden bereits in Aussicht gestellt.

Die GdP gratuliert Janina, Julia und Claas nochmals recht herzlich zu ihrem tollen Erfolg und wünscht ihnen stets ein gutes Gelingen bei ihren neuen Aufgaben.

Ihr könnt stolz auf eure Leistung sein. Das habt ihr klasse gemacht! ■

„ES WIRD ZEIT, TSCHÜSS ZU SAGEN!“

## Verabschiedung von Lutz Müller nach 42 Dienstjahren

### Nils Winter

Am 16. September 2022 verabschiedete Innensenator Ulrich Mäurer den Abteilungsleiter für öffentliche Sicherheit, Lutz Müller, nach 42 Dienstjahren in den wohlverdienten Ruhestand.

Der Innensenator würdigte ihn als große Führungsfigur, die sich weder vor unangenehmen Themen wegduckte noch davor gescheut hat, auch mal mit der Politik anzuecken.

Neun Jahre war Lutz Müller Polizeipräsident der Polizei Bremen. Im März 2020 hatte er dann drei Posten inne, Polizeipräsident, Abteilungsleiter 3 in der Innenbehörde und Leiter des Landeskrisenstabes zur Bekämpfung der Coronapandemie in Bremen. Ein gutes Jahr später im Mai 2021 übergab er dem Polizeivizepräsidenten Dirk Fasse die Führung der Polizei Bremen.

Während der Verabschiedung im Innenhof der Innenbehörde konnte Nils Winter, unser Landesvorsitzender der Gewerk-



Lutz Müller und Nils Winter

schaft der Polizei im Land Bremen, Lutz Müller mehrere kleine Geschenke überreichen und überbrachte noch folgende Worte:

„Sehr geehrter Herr Müller, lieber Lutz, deine Arbeit war unter anderem geprägt von

fachlicher Kompetenz, deiner ausgeglichenen Art und deinem sympathischen Wesen. Dir sei es wichtig gewesen, auch den Menschen hinter dem Polizisten zu sehen. Sobald es Probleme gab, hast du dich den Belangen der Belegschaft angenommen.

Die Zusammenarbeit haben die Gewerkschaft der Polizei und der Personalrat der Polizei Bremen stets als angenehm und konstruktiv empfunden. Wir haben immer versucht, gemeinsam Lösungen zu suchen. Diese Gespräche fanden immer auf Augenhöhe statt und waren geprägt von gegenseitigem Respekt und Kollegialität.

Sehr geehrter Herr Müller, lieber Lutz, die Gewerkschaft der Polizei Bremen wünscht dir alles Gute. Dir und deiner Familie wünschen wir eine glückliche und vor allem eine von Gesundheit geprägte Zukunft.“

Lutz Müller bedankte sich mit folgenden Worten:

„Mir war ein partnerschaftliches Verhältnis zu den Mitbestimmungsgremien und den Gewerkschaften immer wichtig, weil ich davon überzeugt bin, dass wir die großen Herausforderungen immer nur gemeinsam bewältigen können. Wir sitzen eben in einem Boot.

Liebe GdP, lieber Nils, vielen Dank für die immer konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Ich wünsche euch für die Zukunft in unruhigen Zeiten alles Gute und immer eine Handbreit Wasser unterm Kiel.“ ■

Die Teilnehmer:innen

FÜR EUCH.  
Heute und  
morgen.  
ZUKUNFTSDIALOG

Heute und  
morgen.  
ZUKUNFTSDIALOG

morgen  
ZUKUNFTSDIALOG

# Die GdP zu Gast beim Zukunftsdialog der SPD

Am Mittwoch, dem 2. November 2022, fand der erste Zukunftsdialog der SPD mit dem Themenschwerpunkt „Sicherheit und Sauberkeit in den Quartieren“ im Bürgerzentrum Vahr statt. Reinhold Wetjen, der Vorsitzende der SPD Bremen, leitete die Veranstaltung mit Blick auf die Bürgerschaftswahl 2023 ganz im Rahmen des Zukunftsprogrammes 2023–2027 der SPD ein.

## Kim Kunze

Ursprünglich sollte der Bremer Bürgermeister Andreas Bovenschulte den Dialog abhalten, doch der Bundeskanzler Olaf Scholz berief kurzfristig die Ministerpräsidenten nach Berlin ein.

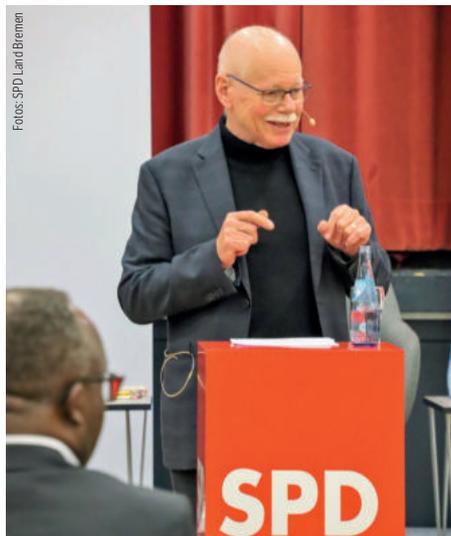
Für ihn übernahm Innensenator Ulrich Mäurer (SPD), der in seinem Impulsvortrag über die aktuellen Herausforderungen im Land Bremen berichtete und dabei die Wichtigkeit der Sicherheitsapparate herausstellte.

Eine Zielzahl der Polizei Bremen von 2.900 Beschäftigten, 520 Stellen bei der Polizei Bremerhaven und ein Personalzuwachs bei der Feuerwehr und dem Ordnungsdienst sind klar formulierte Ziele der SPD.

Der Senator sagte weiterhin der Clankriminalität den Kampf an und möchte einen besonderen Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Kinderpornografie und Gewalt gegen Kinder und Frauen legen.

Bei der anschließenden Podiumsdiskussion kamen neben Innensenator Ulrich Mäurer, auch unsere GdP-Fachgruppenvorsitzende der Schutzpolizei, Kim Kunze, der Ortsamtsleiter Hemelingen, Jörn Hermening, und die stellvertretende Landesbeauftragte für Frauen, Katharina Kunze, als Expert:innen zu Wort.

Die Worte des Senators zur Personalpolitik der Polizei Bremen der zurückliegen-



Ulrich Mäurer

den Jahre waren hierbei mehr als deutlich. Er bezeichnete das Einsparen und die niedrigen Einstellungszahlen als „großen Mist“ und zeigte Unverständnis über die limitierten Möglichkeiten bei der Haushaltsfestlegung für das Innenressort.

Kim Kunze machte klar, dass die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen der Polizei Bremen nur mit größeren finanziel-



Kim Kunze und SI Ulrich Mäurer

len Mitteln und mehr Personal gemeistert werden können.

Alle Redner stellten heraus, ein Mitwirken aller Ressorts sei die Voraussetzung für die Gewährleistung der Sicherheit und Sauberkeit in Bremen.

Einen großen Anteil sieht der Innensenator Mäurer aber auch bei der Arbeit der Kontaktpolizist:innen. Daher möchte er diese perspektivisch auf 120 Stellen aufwachsen lassen.

Die Kontaktpolizist:innen sind die Ohren der Polizei, nah an den Bürger:innen der Stadt und identifizieren sich zu 100 Prozent mit ihrer Rolle. Leider seien sie in den vergangenen Jahren mitunter artfremd innerhalb der Polizei eingesetzt worden, so Kim Kunze.

Neben fehlenden Chancengleichheiten der Bremer Bevölkerung und der Forderung des Ortsamtsleiters Hemelingen, gezielt in den bisher benachteiligten Quartieren zu investieren, war auch die Situation am Hauptbahnhof Thema der Diskussionsrunde.

Hier setzt Senator Mäurer aktuell auf konzentrierte Aktionen mit einem hohen Personaleinsatz der Polizei Bremen.

Dass dies eine große Herausforderung für alle Beschäftigten der Polizei Bremen darstellt, scheint dabei augenscheinlich zweitrangig zu sein.

Das 157 Seiten lange Zukunftsprogramm 2023–2027 der SPD lässt jedoch hoffnungsvoll auf die zukünftige Ausrichtung der Sicherheit und damit auch auf die Entwicklung der Polizei Bremen blicken.

Welche Aspekte am Ende und vor allem wann etwas davon wirklich umgesetzt wird, bleibt abzuwarten.

Allein die Verwirklichung eines Zentralgewahrsams und einer Kooperativen Leitstelle sind momentan undenkbar Mammutprojekte.

Im Übrigen gab Ulrich Mäurer vor den Zuschauer:innen bekannt, für eine weitere Amtszeit als Innenminister für die Sozialdemokraten kandidieren zu wollen.

In diesem Sinne wünscht die Gewerkschaft der Polizei Bremen Senator Mäurer und der SPD einen erlebnisreichen Wahlkampf und alles Gute für die Bürgerschaftswahlen im Mai 2023. ■



# Digitalisierung? Bitte richtig!

## Die Arbeitserleichterung Smartphone, die keine ist

Gerade noch stehe ich bei dem Geschädigten im Wohnzimmer, nachdem er einem Internetbetrug zum Opfer gefallen ist, und erläutere ihm die Gefahren des Internets und wie gerissen und fortschrittlich die Tätergruppierungen inzwischen sind. Im nächsten Moment muss ich für ein Gespräch mit dem Kriminaldauerdienst das Diensthandy meines Streifenwagens nutzen, um den zugrunde liegenden Sachverhalt zu schildern.

Jan de Vries

Mein Handy des Streifenwagens? Ein Tastenhandy, wie es das schon gab, lange bevor ich bei der Polizei angefangen habe. Es ist mir unangenehm, da ich Technik nutze, die längst überfällig ist und sogar dem entgegensteht, was die Tätergruppierungen nutzen.

Dieses Handy nutze ich auch zum Teil zur Kommunikation mit meiner Wache, wenn ich mehrere Personen in den polizeilichen Informationssystemen abfragen möchte. Den Funkkanal möchte ich damit nur ungerne belegen, denn dieser dient in erster Linie dazu, dass sich meine Kolleg:innen in laufenden Einsatzsituationen koordinieren können. Der Funk ist essenziell für ein erfolgreiches gemeinsames Einschreiten. Dennoch muss ich immer wieder auf diesen zurückgreifen, um dort eben doch meine Informationen zu erhalten. Das bedeutet, dass ich erst einmal alle Personalien mühselig mit dem Buchstabenalphabet durchgeben muss, mein Wachhabender diese in ein System eingibt und mir dann das Ergebnis zurückfunkelt.

Nun haben die meisten operativen Kräfte ein Dienst-Smartphone erhalten. In meinen Augen auch längst überfällig. Jedoch spreche ich von „die meisten“ und bei Weitem nicht allen! Genug Wachen sind noch gänzlich ohne Smartphone unterwegs. Dabei sollte der Roll-out bereits abgeschlossen sein. Diejenigen, die ein Smartphone haben, tragen allerdings ein Handy mit wenig Funktionen mit sich. Abfragen schnell vor

Ort selbstständig erledigen? Recherchen durchführen und nützliche Hintergrundinformationen erhalten? Alles Fehl-anzeige! Die Begründung findet sich in Bremen immer wieder beim Datenschutz. Andere Bundesländer hingegen sind deutlich weiter. Der Bürger in einer Kontrolle, welche durch das Festhalten häufig einen Grundrechtseinschnitt bedeutet, kann vor Ort abgefragt werden. Seine Personalien können einwandfrei festgestellt werden und er kann danach weitergehen. In Bremen hingegen muss die Person im Zweifel zur nächsten Wache verbracht werden. Dort kann dann häufig erst die Personalie einwandfrei festgestellt werden. Erst dann darf die Person die Wache verlassen und kann dann selbstständig wieder den Ort aufsuchen, wo sie zuvor mitgenommen wurde. Ein modernes Smartphone mit den für den Dienst essenziellen Abfragesystemen ist unumgänglich, um die Polizeiarbeit zu erleichtern und schneller zu gestalten. Sowohl für den Bürger als auch die eingesetzten Kolleg:innen selbst.

Ein weiteres Problem welches die Smartphones mit sich bringen? Sie haben nicht die Möglichkeit ein WLAN-Netz zu nutzen. Geschweige denn, dass die Wachen überhaupt WLAN hätten. Nun muss jedes Update über mobile Daten durchgeführt werden. Da diese auch äußerst knapp bemessen sind, sind im Anschluss alle weiteren Funktionen nur



Foto: Pixabay

mit reduzierter Geschwindigkeit nutzbar, da das Volumen durch Updates bereits aufgebraucht wurde.

Wir sind froh, dass inzwischen überhaupt Smartphones ausgeteilt wurden, und wir erkennen auch den großen Mehrwert, den sie bieten können. Wir fordern daher die politisch Verantwortlichen auf, ihrer Verantwortung gegenüber dem Bürger und der Polizei nachzukommen, indem die Polizeiarbeit endlich dem digitalen Stand des 21. Jahrhunderts angepasst und entwickelt wird. Die Chance, das Smartphone als wahre Unterstützung zu generieren, darf angesichts der sehr knappen Personaldecke nicht verpasst werden.

Das bedeutet auch, dass entsprechende Stellen geschaffen und mit Personal hinterlegt werden, die sich um den Betrieb der Smartphones kümmern und die fortlaufende Digitalisierung begleiten können. Dafür wird entsprechendes Fachpersonal benötigt, das auch angemessen bezahlt wird. ■



# Quo vadis, Kriminalpolizei?

**Wo soll es hingehen und wie soll die Kripo die anstehenden Aufgaben meistern, ohne den Standard noch weiter abzusenken?**

Wo soll man anfangen?  
Kinderpornografie, EncroChat-Verfahren, Sky ECC,  
Links-Rechts-Extremismus  
oder noch viel früher?

**Lutz Jurkschat**

Die Arbeit der Kriminalpolizei muss, vor allem seitens der Politik, mehr wertgeschätzt werden. Im kommenden Jahr sind wieder mal Wahlen in unserem kleinen Bundesland und es wird nicht lange dauern, bis die Parteien wieder auf den Zug der Inneren Sicherheit aufspringen. Gegenseitige Vorwürfe, dass man diese Themen nicht weit genug vorangebracht hat, werden sich wie in jedem Wahlkampf mehren.

Aber was bringt es der Kriminalpolizei? Überstunden, Arbeitsbelastung, Personalnot, inakzeptable Arbeitsbedingungen etc., eine schier endlose Liste mit Missständen (übrigens nicht nur in der Kriminalpolizei) sind Themen, die uns wichtig sind.

Nehmen wir mal ein paar Beispiele und fangen gleich in der K 1 an. K 1, die Abteilung, die eigentlich als Servicedienststelle vorgestellt wird, die aber kaum noch in der Lage ist, die Alltagsprobleme zu bewältigen. Fehlendes Personal in allen Bereichen führt zu Überbelastung und Überstunden. Wartezeiten auf Untersuchungsergebnisse bei gleichzeitiger Einhaltung des Datenschutzes machen Verfahren nicht einfacher.

Machen wir weiter mit der K 2, ein Bereich, der aufgrund seiner personellen Ausstattung auf den ersten Blick nicht so schlecht dasteht, schaut man aber hinter die Kulissen, so sieht man auch hier eine deutliche Überbelastung, sei es beim SEK, das neben den originären Aufgaben immer öfter die Landesreserve übernehmen muss, aber auch bei Durch-

suchungen unterstützt, wie auch beim MEK, die im Dauereinsatz in Sachen EncroChat eingebunden sind.

Oder in der K 3, wo akuter Personalmangel nicht nur im K 32 herrscht, besonders nachdem die NCMEC-Fälle vom BKA weiter gesteuert werden, der K 33, die neben ihren Kapitaldelikten in Sachen Brand unterwegs sind, wo sich die Akten auf den Schreibtischen stapeln.

Der K 4, die sich seit Jahren in einer Übergangsorganisation befindet und auch kaum noch weiß, wie die Alltagsfälle (gibt es so etwas überhaupt?) abzuarbeiten sind.

Ein großes Problem stellt sich aber auch der K 7. Überalterung und eine Einsatzfähigkeit von nur noch 30 Prozent, das heißt im Klartext: Von den etwa 140 Mitarbeitenden in der K 7 sind nur etwa 40 voll einsetzbar. Was das für den Teil der voll Einsatzfähigen heißt, kann sich jeder selbst ausrechnen.

Zunehmende Anforderungen für Durchsuchungen im Zusammenhang mit Themen des K 32 sowie der BAO Thor, aber auch Gesa/Fesa-Aufrufe, wenn mal wieder der „Quotenrechner“ angeschmissen wird, bedeuten eine enorme Steigerung des täglichen Arbeitspensums. Die steigende Fluktuation im Kriminaldauerdienst sorgt dafür, dass Maßnahmen wie ein „Frozen KDD“ getroffen werden müssen, um eine Kontinuität in der Abarbeitung der bereits im Anfang der Ermittlungen zu tätigen Aufgaben qualitativ hochwertig zu gewährleisten. Das führt nicht unbedingt zu Begeisterungstürmen bei den betroffenen Kolleg:innen, wenngleich natürlich das Grundverständnis vorhanden ist. Aber auch das Verständnis der Referate, die auf die eigentlich auszusteuernenden Kolleg:innen warten, wird stark strapaziert.

Mögen mir die Mitarbeitenden, der hier nicht explizit angesprochenen Kommissariate es nachsehen, auch eure hohe Belastung ist bei uns Thema.

Kein Bereich der Kriminalpolizei ist derzeit personell adäquat ausgestattet, um den

Herausforderungen, die an die tägliche Arbeit gestellt werden, entgegenzustehen. Auch der Einsatz diverser Kolleg:innen des Einsatzdienstes an konzertierten Haldenaktionen in der K 4/K 5 wie auch die Unterstützung durch Kolleg:innen, die in Telearbeit ihre Arbeitszeit aufstocken, führten bisher nicht zu den gewünschten Erfolgen. Sicherlich konnte ein Rückgang festgestellt werden, erhofft hat man sich aber etwas anderes, etwas mehr. Aber auch wenn mehr Fälle endbearbeitet werden, so laufen sie in die nächste Halde, die der Staatsanwaltschaft, wo sich die Akten ebenso stapeln wie in den Kommissariaten. Und seien wir doch mal ehrlich, was ist das Ziel solcher Aktionen? Ist es der Anspruch von Kriminalbeamt:innen Vorgänge zu verwalten oder wollen wir Straftaten aufklären? Qualität oder Quantität?

Auch die Attraktivität der Kripo scheint nicht mehr den Stellenwert zu haben, den sie früher einmal genoss, schaut man sich die Bewerberzahlen für die Zusatzausbildung zum Polizeilichen Ermittler an.

Fragt man in den Bereichen der Einsatzdienste nach, so kommen die verschiedensten Antworten. Von fehlender Work-Life-Balance bis hin zur Arbeitsverdichtung ist alles dabei.

Wir als GdP stellen die Forderung an die Politik: Investiert in eine moderne, materiell und personell gut ausgestattete Polizei und Kriminalpolizei. Moderne Arbeitsplätze, eine Mannausstattung mit Smartphones sowie eine auf den Arbeitsplatz abgestimmte Ausrüstung. Mitarbeitende der Kriminalpolizei müssen als solche erkennbar und mit technischem Equipment ausgestattet sein, das die Arbeit erleichtert und nicht verkompliziert. Forensisches Arbeiten mit modernen Arbeitsmitteln und Laborausstattungen sollte ebenso selbstverständlich sein wie eine Schutzausstattung einschreitender Kriminalbeamt:innen, nicht zu vergessen der Spezialeinheiten. ■

**DP – Deutsche Polizei**  
Bremen

**Geschäftsstelle**  
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen  
Telefon (0421) 949585-0  
Telefax (0421) 949585-9  
www.gdp.de/bremen, bremen@gdp.de  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke

**Redaktion**  
Rüdiger Kloß (V.i.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Bgm.-Smidt-Straße 78,  
28195 Bremen



## Redaktionsschluss

Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe 2023, Landesjournal Bremen, ist der 4. Dezember 2022.  
Artikel bitte mailen an:  
klossi@onlinehome.de

## HINWEIS:

Die Geschäftsstelle ist vom 24. Dezember 2022 bis 1. Januar 2023 nicht besetzt und wird dann ab dem 2. Januar 2023 wieder für euch erreichbar sein.

# Die Vorbereitungen für die Tarifrunde 2023 für den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst Bund und Kommunen (TVöD) laufen

Brigitte Weinhold

Am 10. und 11. Oktober 2022 tagte wieder die Bundestarifkommission (BTK) in Berlin, der zusammen mit Oliver Thies und mir über 40 Mitglieder aus allen Bundesländern angehören. Mit Blick auf die aktuellen Wirtschaftsdaten/-prognosen und im Vergleich unserer Gehaltsentwicklungen mit denen der Wirtschaft stimmen wir gemeinsam über unsere Forderungen für die anstehenden Tarifverhandlungen zum TVöD (Tarifvertrag öffentlicher Dienst Bund und Kommunen) ab.

Der Abschluss, den wir im TVöD erzielen, wirkt sich auch auf die späteren Tarifverhandlungen für den TV-L (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder) aus, was wiederum unsere Beamtinnen und Beamten betreffen wird.

Unser GdP-Chef Jochen Kopelke und unser Tarifexperte und GdP-Vize René Klem-

Sitzung der BTK in Berlin



Foto: GdP Bremen

mer nahmen unser Ergebnis mit in die DGB-Bundestarifkommission, um sich mit Christine Behle, Frank Werneke (beide ver.di) und Maike Finnern (GEW) auf eine gemeinsame Forderung zu einigen.

Wir haben alle daran zu knabbern, den aktuellen Preissteigerungen noch einigermaßen folgen zu können. Vor allem bei den unteren Entgeltgruppen wird es oftmals schon ganz schön eng, da müssen wir unbedingt gegensteuern. Wir hinken seit Jahren den Lohnentwicklungen der Wirtschaft hinterher. Zur Gewährleistung der gesell-

schaftlichen und wirtschaftlichen Stabilität ist es wichtig, die Kaufkraft wiederherzustellen und für die künftigen Preisentwicklungen gewappnet zu sein.

Im Hinblick auf die derzeitigen Teuerungsraten bei Nahrungsmitteln und Energie beläuft

sich unsere gemeinsame Entgeltforderung für rund 2,5 Millionen Tarifbeschäftigte in der Tarifrunde 2023 für den TVöD (Tarifvertrag öffentlicher Dienst Bund und Kommunen) auf:

- **10,5 %, jedoch mindestens 500 €**
- **200 € für Auszubildende**
- **bei einer Laufzeit von 12 Monaten**

# GdP-Kreisgruppenvorsitzender begrüßt neuen Amtsleiter des Führungsstabes, Marc Tiedemann

Brigitte Weinhold

Am 25. Oktober 2022 nahm Marc Tiedemann, neuer Amtsleiter des Führungsstabes der Ortspolizeibehörde, die Glückwünsche zur neuen herausfordernden Stelle im Namen der Gewerkschaft der Polizei von Benjamin Kieck, Vorsitzender der Kreisgruppe Bremerhaven, entgegen.

Beide stellten fest, dass der Führungsstab der Ortspolizeibehörde als Querschnittsamt zwar viele Herausforderungen, aber auch Chancen für eine positive Entwicklung bei der Seestadtpolizei bereithält.

Diverse Themen waren Inhalt des Gesprächs, die im Moment sowohl die Ortspo-

lizeibehörde als auch die Kolleg:innen bewegen.

„Themen, in denen es um die Belange unserer Beschäftigten geht, interessieren mich sehr“, betonte Marc Tiedemann. „Da habe ich stets ein offenes Ohr, denn ich halte diese Informationen der Kolleg:innen für sehr wichtig, um die kleinen und großen Herausforderungen unseres Alltages gemeinsam und erfolgreich bewältigen zu können.“

Benjamin Kieck bestätigte, dass diese Vorgehensweise auch das gewerkschaftliche Handeln bestimmen würde, um das Bestmögliche für die Kolleg:innen zu erreichen.

Beim Verabschieden vereinbarten beide auch für die Zukunft einen engen Austausch sowie gegenseitige Unterstützung.



Marc Tiedemann und Benjamin Kieck

Die Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei wünscht Marc Tiedemann auf seinem weiteren Weg viel Erfolg! ■



Vor dem  
Europaparlament



Am Atomium

# Reise nach Brüssel

Am 26. September 2022 starteten in einer gemischten Reisegruppe von Bürger:innen aus Bremen und Bremerhaven fünf Frauen der GdP Bremen auf Einladung des EU-Abgeordneten Dr. Joachim Schuster in Richtung Brüssel.

## Nina Schmidt und Ruth Sygo, Frauengruppe

Für drei Tage war ein volles Programm zum Thema Europa angekündigt. In Brüssel angekommen begann alles mit einer kurzen Umrundung des Atomiums, leider im strömenden Regen, was aber der Stimmung keinen Abbruch tat.

Nach dem Einchecken im zentral gelegenen Hotel nahm uns der Reiseführer Eric in Empfang, der auf eine sehr humoristische Weise durch die Stadt führte. So erhielten wir Informationen zur Königsfamilie, den in der Innenstadt allgegenwärtigen Cartoons und vielem mehr und lernten so die ersten eindrucksvollen Gebäude wie die Kathedrale und das Rathaus am „Grand-Place/Grote Markt“ kennen. Aber es lauerten in den Schaufenstern auch viele belgische „Highlights“: Pralinen, Waffeln und Schokolade.

Nach einem fantastischen Abendessen im Traditionsrestaurant „Chez Léon“ endete der erste Tag mit einem Bummel über den wunderschön beleuchteten „Grand-Place“.

Ein morgendlicher Spaziergang am zweiten Tag führte uns zur Bremischen Landesvertretung, wo wir einen sehr interessanten Vortrag von Jakob Ache hörten. Er gab uns erste Einblicke in die Verbindung zwischen Bremen und der EU. Hierbei ging es insbesondere auch um den Aufbau der Bremer und anderer Landesvertretungen und welche Aufgaben die Mitarbeitenden übernehmen. So arbeiten dauerhaft in der Bremischen Landesvertretung elf Personen, die die einzelnen Ressorts repräsentieren. Die zweite Station befand sich mitten im eindrucksvollen Regierungsviertel, im Ausschuss der Regionen. Hier empfing uns Matthieu Hornung und brachte uns die Bedeutung des Ausschusses näher. Es schlossen sich viele Fragen der Gruppe an, um die inhaltlichen Aufgaben und die Zusammensetzung dieses Ausschusses näher zu beleuchten.

Zur Mittagspause durften dann belgische Pommes nicht fehlen. Den Nachmittag verbrachten wir im Haus der Europäischen Geschichte. Ein sehr modernes Museum zur Geschichte Europas – absolut sehenswert!

Und wenn dann schon mal freie Zeit zur Verfügung stand, durfte bei einer Reise von fünf Frauen auch ein Klischee nicht fehlen ... Shopping! Auf dem Rundgang durch die Stadt begleiteten uns schnell ein paar Tüten mehr bei dem Besuch des (sehr kleinen) Manneken Pis. Natürlich schlemmten wir auch die legendären belgischen Waffeln mit einem Berg leckerer Toppings. Das gemeinsame Abendessen fand im „La Rose Blanche“, direkt am Grand-Place statt. Bei Dunkelheit wirken die angestrahnten stattlichen historischen Gebäude noch imposanter. Ein gelungener Tagesabschluss.

Am dritten Tag ging es nach dem Kofferpacken mit dem Bus erneut ins Regierungsviertel, direkt zum Europaparlament. Ein kurzer Rundgang und ein paar erklärende Worte unseres Reiseleiters in der Nähe des EU-Parlaments brachten uns die Bedeutung des „Place de Luxe“ näher: Bei kurzen Sitzungswochen



V. l.: Dörte Schnakenberg, Hilda Husser, Ulrike Dunecke, Ruth Sygo und Nina Schmidt

treffen sich dort donnerstagsabends die Mitarbeitenden und läuten feuchtfröhlich das Wochenende ein. Auch eine solch eher unpolitische Information ist ja mal interessant.

Im Europaparlament empfing uns Herr Dr. Joachim Schuster und gab uns kleine Einblicke in seine Arbeit, aber vor allem in aktuelle Themen und Auswirkungen der politischen Lage, z. B. die Wahl in Italien. Er stellte sich im Weiteren den vielen Fragen der Gruppe und übergab dann das Wort an eine Mitarbeiterin des Parlaments, die uns in den Plenarsaal führte und uns unter anderem über Zusammensetzung des Parlaments, Abstimmungsmodalitäten, Fraktionen und Dolmetschertätigkeiten informierte. Zum Abschluss wurde noch ein Gruppenfoto mit Herrn Dr. Joachim Schuster vor den Fahnen der EU-Mitgliedstaaten zur Erinnerung gemacht.

Alles in allem eine hervorragend organisierte, sehr informative Reise, bei der der Spaß natürlich nicht zu kurz kam.

Politische Bildungsreisen werden von verschiedenen Abgeordneten angeboten und sind für alle Bürger:innen buchbar. ■

